

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DFS/SK



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 15 / 161
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DFS/SK

Bericht der GFK-Subkommission DFS/SK zur Geschäftsprüfung 2020

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK

Präsident: Vietze Kristiane, Frauenfeld
Mitglieder: Nafzger Martin, Romanshorn
Peter Köstli Sabina, Ettenhausen
Zahnd Vico, Weingarten

Geschäftsbericht 2020 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2020

Allgemeines zum Departement und zur Staatskanzlei

2020 war für das DFS als auch für die Staatskanzlei ein ganz besonderes Jahr:
Im DFS mit dem Wechsel des Departement-Chefs von RR Jakob Stark zu RR Urs Martin und vor allem auch mit der Pandemiebewältigung, welche viel Flexibilität und Leistungsbereitschaft gefordert hat.

In der Staatskanzlei mit dem Abschied von Staatsschreiber Dr. Rainer Gonzenbach, dem Neuanfang mit Staatsschreiber Dr. Paul Roth, dem Legislaturwechsel und allen Covid-Massnahmen.

An dieser Stelle möchten wir es nicht versäumen, den Teams für das ganz besonders hohe Engagement für die Thurgauer Bevölkerung zu danken!

Finanzpolitisch war das Jahr 2020 trotz Corona ein herausragendes Jahr mit überdurchschnittlich hohen und teils unerwarteten Erträgen sowie einer signifikanten Aufwandminderung in den Globalbudgets. Der Nettoertrag im DFS wurde um 71,5 Mio. Franken überschritten (+12,3% gegenüber den Budgetvorgaben). Unerwartet hoch waren vor allem der höhere Anteil am Ertrag der SNB um +49,3 Mio. Franken, die höheren Steuereinnahmen (+16,6 Mio.) und ein wesentlich tieferer Aufwand in den Globalbudgets (-11,8 Mio.). Die Investitionsrechnung des DFS schliesst 4,2 Mio. Franken (-62,8%) unter Budget ab.

Diese Entwicklungen haben für 2020 zu dem überwältigenden Ertragsüberschuss von 98,8 Mio. Franken geführt.

Eine Bemerkung zur Investitionsrechnung: Im DFS haben sich mehrere Grossprojekte auf Grund ihrer Komplexität und der Klärung von Grundlagen in spätere Finanzjahre verschoben. Sie sind alle in den Institutionen des Sozialamt angesiedelt. Der Chef DFS erhält neu quartalsweise vom DBU eine Übersicht der Investitionen aller Departemente fürs Controlling.

Ämterbesuche 2021

Die Subkommission DFS/SK hat folgende Ämter besucht:

- Steuerverwaltung
- Personalamt
- Sozialamt Kanton Thurgau
- Amt für Gesundheit

Die Subkommission dankt den Amtsleitern der vier besuchten Ämter für die sehr detaillierten und aufschlussreichen Informationen sowie den sehr freundlichen Empfang. Aus den allgemeinen Fragen bezüglich Verzögerungen bzw. Langzeitauswirkungen aufgrund von COVID-19, die wir jedem Amt gestellt haben, ergibt sich aus unserer Sicht kein Handlungsbedarf. Alle Ämter sind zwar auf irgendeine Art mehr oder weniger von COVID betroffen und verzeichnen teilweise auch Verzögerungen in ihren Projekten. So zum Beispiel das Geriatrie- und Demenzkonzept im Gesundheitsamt. Dieses Amt war natürlich besonders betroffen und musste eine stringente Verzichtsplanung fahren. Der Massnahmenplan 2022-2025 des Geriatrie- und Demenzkonzepts sollte trotzdem innert nützlicher Frist durch den Regierungsrat zur Genehmigung an den Grossen Rat weitergeleitet werden können. Es kann festgehalten werden, dass Gesundheit generell mehr in den Fokus rückt. Aus dem Gesundheitsamt nehmen wir mit, welche die drei wichtigsten Zutaten für ein langes und gesundes Leben sind: Psychische Gesundheit, Bewegung und gute Ernährung. -> „Hebed Eu Sorg!“

Aus den individuellen Fragen haben sich allerdings vier Themenkreise mit Handlungsbedarf herauskristallisiert:

1. **Steuerverwaltung**
Dringender Handlungsbedarf besteht im Bereich Quellensteuer. Der Kanton Thurgau ist der einzige Deutschschweizer Kanton mit einer dezentralen Organisation, was Mehraufwendungen bei den meldenden Firmen auslöst. Die Subkommissionsmitglieder haben diesbezüglich eine Motion eingereicht, welche die Zentralisierung von Erhebung und Bezug der Quellensteuer bei der Kantonalen Steuerverwaltung bewirken soll. Die Motion wurde am 24.3.2021 mit 93 Mitunterzeichnern eingereicht. Mittlerweile wurde von der ESTV die „Abteilung Aufsicht Kantone“ eingesetzt. Wenn möglich sollen bei der Umsetzung der Zentralisierung Mitarbeiter der Gemeinden zum Kanton umgesiedelt werden, damit bestehendes Know-how übernommen werden kann.
2. **Personalamt**
Beim Lesen der Regierungsrichtlinien zum Budget 2022 und FPL 2023-2025 entstand der Eindruck, dass Feststellungen aus der Kommission zur Behandlung des Lohnberichts nicht berücksichtigt wurden. Dies konnte in der Zwischenzeit verifiziert werden – der Bericht des Regierungsrats wurde korrekt angepasst. Wir sind zuversichtlich, dass künftig Formulierungen gewählt werden, die nicht für Verwirrung sorgen.

3. Sozialamt

Dieses Amt haben wir ausnahmsweise bereits in 4 aufeinanderfolgenden Jahren besucht, weil sich das Amt in einer schwierigen Reorganisationsphase befindet. Beim Ämterbesuch wurden Spannungen angesprochen; wir waren dann aber doch überrascht, dass die Amtsleiterin kurz darauf kündigte. Das Führungsteam per se macht einen stabilen Eindruck. In der Zwischenzeit konnte die Stelle wieder neu besetzt werden. Der neue Amtsleiter ist eine erfahrene Führungskraft insbesondere in Veränderungsprozessen von Organisationen und hat seine Stelle per 1.6. bereits angetreten. Wir werden das Sozialamt auch im kommenden Jahr besuchen um zu sehen, wie es sich weiterentwickelt.

4. Amt für Gesundheit

Kein konkret jetzt bestehender Handlungsbedarf, aber eine Problematik, die sich abzeichnet ist der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, der sich in den kommenden Jahren aufgrund von vielen Pensionierungen verschärfen wird. Care Migration wird dadurch noch mehr zum Thema werden.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

Räte

Diskutiert wurde das Grossratsportal ELSI. Viele Ratsmitglieder bemängeln die Benutzerfreundlichkeit; es wird noch nicht als wirkliche Hilfe empfunden. Das Projektziel war, dass die Arbeiten im Zusammenhang mit den Kommissionen und den Plenumsitzungen des Grossen Rates zeit-, orts- und geräteunabhängig vorgenommen werden können. Dieses Ziel wurde zwar erreicht, aber die Benutzerfreundlichkeit muss noch verbessert werden. Anpassungen werden laufend vorgenommen.

1000 Regierungsrat

Aufgrund der Corona-Pandemie konnten weniger Konferenzen durchgeführt und weniger Repräsentationspflichten wahrgenommen werden, was zu tieferen Ausgaben geführt hat. Regierungsratsbeschlüsse wurden 758 erfasst - im jährlichen Durchschnitt sind es üblicherweise um 1'000. Besonders zu erwähnen ist der dieses Jahr intensiv geführte Austausch von Bund und Grenzkantonen mit Baden-Württemberg. Die regelmässigen Kontakte ermöglichten es, sich gegenseitig über Entwicklungen und sich abzeichnende Massnahmen zu informieren, so dass es jeweils auf der anderen Seite der Grenze möglich war, sich entsprechend vorzubereiten.

1100 Grosser Rat

Im Berichtsjahr wurden total 112 Vorstösse eingereicht, was einem Höchststand entspricht. Zum einen betrafen einige Vorstösse die Corona-Pandemie selbst. Ausserdem darf vermutet werden, dass die Mitglieder des Grossen Rats aufgrund der fehlenden Anlässe und Kontakt über mehr Zeit verfügten, die sie u.a. für die politische Arbeit nutzen konnten.

2100 Staatskanzlei Zentrale Dienste

Geprägt war das vergangene Jahr der Staatskanzlei auch durch die Gesamterneuerungswahlen der Bezirksbehörden, der Friedensrichterinnen und Friedensrichter (9. Februar 2020) sowie des Grossen Rates und des Regierungsrates (15. März 2020, zum ersten Mal am gleichen Wahlsonntag). Die Wahlfälschung bei den Grossratswahlen in der Stadt Frauenfeld hat zu grossen politischen Auswirkungen im Grossen Rat geführt und weltweit medial für Aufsehen gesorgt.

Die Digitalisierung schreitet voran. Neben der Wiederaufnahme der Versuche mit E-Voting zusammen mit der Systemanbieterin Post, der Bundeskanzlei und weiteren Kantonen, schreitet das schrittweise Zur-Verfügung-Stellen von geeigneten Daten auf dem OGD-Portal des Bundes opendata.swiss voran.

Der grosse Teil der COVID-19 Ausgaben von 177'000 Franken entfiel auf die Kosten für Miete und Infrastruktur für die extern durchzuführenden Sitzungen des Grossen Rates (163'000 Franken). Hinzu kamen die Verpflegung der Mitglieder des Grossen Rates sowie weitere ausserordentliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Miete grösserer Sitzungszimmer der Kommissionen und Fraktionen.

2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale

Mit Beginn der neuen Legislatur wurde der elektronische Wochenversand der Grossratsunterlagen eingeführt und die Anzahl Bezüger des Grossratsversands konnte von 130 auf 58 GR-Mitglieder reduziert werden. Auch die Medien werden nicht mehr mit Papierunterlagen bedient. Dies macht allerdings einen absolut marginalen Teil der gesamten Drucksachen aus.

7010 Generalsekretariat

Der Bedarf nach rechtlicher Unterstützung der Ämter ohne eigenen Rechtsdienst (in 2020 insbesondere des Amtes für Gesundheit und des Sozialamtes) ist anhaltend hoch. Beraten werden allerdings nicht nur Ämter, sondern auch Gemeinden oder es bedarf der Koordination verschiedener Departemente.

7110-7120 Personalamt

Das Personalamt erbrachte seine Dienstleistungen in einer nie dagewesenen Situation jederzeit vollumfänglich und gewährleistete darüber hinaus eine verlässliche und auf die ausserordentliche Situation abgestimmte Beratung in all seinen fachlichen Disziplinen. Der Beratungsbedarf nahm im Frühjahr (Lockdown) sprunghaft zu, um Regelungen, Merkblätter und Vollzugsanleitungen für die KVTG auszuarbeiten. Die Fluktuationsrate erscheint mit 6,7% recht hoch und ist höher als in den Vorjahren. Offenbar wurden einige Richter „pensioniert“, d.h. sie stellten sich nicht mehr zur Wahl. Sie zählen statistisch als Austritt, nicht als Pensionierung.

7250 Finanzkontrolle

Auch dieses Jahr hat die Finanzkontrolle einen übersichtlichen und sehr informativen Bericht erstellt, der viele Empfehlungen enthält. Er beinhaltet auch eine Stellungnahme des Regierungsrates und eine aktuelle Beurteilung. Die Finanzkontrolle hat in ihrem Revisionsbericht vom 16. März 2021 das Prüfungsurteil abgegeben, dass die geprüften Teile der Jahresrechnung für das am 31.12.2020 abgeschlossene Geschäftsjahr den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Die Stellung der FiKo wird anlässlich der Revision des Finanzhaushaltgesetzes präzisiert.

7310-7360 Finanzverwaltung

Im Laufe des Jahres wurde mit der Revision des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates (FHG) begonnen. Das Ziel der Revision ist die Annäherung an die Muster-gesetzgebung unter Berücksichtigung der bisher gelebten Praxis.

Die Public-Corporate Governance-Richtlinien (PCG) werden zurzeit ebenfalls überarbei-tet und sollten 2022 in Kraft treten.

7410-7440 Steuerverwaltung

Unerwartet hoch waren vor allem die Spezialsteuererträge (+10 Mio.) die Staatssteu-ererträge (+6,3 Mio.) und der Anteil der direkten Bundessteuer (+9,9 Mio.). Der Anteil der Verrechnungssteuer fiel dieses Jahr -9,8 Mio. tiefer aus (Vorjahr+13,5 Mio.). Der Verrechnungssteueranteil wird jeweils Ende Jahr vom Bund gutgeschrieben. Eine Erklä-rung der Schwankungen gibt es nicht.

Der Aufwand bei den Spezialsteuern ist um rund 2 Mio. höher als budgetiert (+79%).

Der Grund sind die Abschreibung des Projektes nest.Objekt sowie die Folgekosten zur Aufrechterhaltung der sich im Betrieb befindenden Software GST aus dem Jahr 1993.

7510-7518 Sozialamt

Keine weiteren Bemerkungen. (Siehe auch Ämterbesuche oben.)

7530-7555 Amt für Gesundheit / Kantonsapotheker / Kantonsarzt

Nachwuchsförderung ist ein zentrales Thema der Grundversorgung im Thurgau. Der ursprünglich geplante Einsatz konnte aufgrund der durch die Pandemie erhöhten Belas-tungen aller Beteiligten in der medizinischen Versorgung nicht voll umgesetzt werden. Zur Unterstützung der Pflegefachkräfte in der schwersten Covid-Zeit wurde ein „Freiwil-ligen Pool“ zusammengesammelt. Aus dem Freiwilligen-Pool der Pflegefachkräfte wur-den 450 Stunden Einsätze vermittelt.

6/6

7580 Kantonales Laboratorium

Keine Bemerkungen.

7631-7637 Sozialversicherungszentrum

Die Reorganisation im SVZ schreitet voran und sollte mittlerweile abgeschlossen sein. Wie geplant hat das SVZ per 1. April 2021 innerhalb seiner Organisation zwischen der Direktion und der Stufe Abteilung drei Bereiche (Zentrale Dienste, Ausgleichskasse und IV-Stelle) geschaffen und die Anzahl Abteilungen auf neun erweitert. Die Bereichsleiterin und die beiden Bereichsleiter bilden seither mit dem Direktor die Geschäftsleitung des SVZ. Die Reorganisation bis in die unterste Stufe sollte bis Ende Mai 2021 abgeschlossen sein.

Tätigkeitsbericht 2020, Datenschutzbeauftragter Kanton Thurgau

Der Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten des Kantons Thurgau, Herr Fritz Tanner, ist sowohl von der Subkommission als auch von der Gesamt-GFK zur Kenntnis genommen worden. Der Datenschutzbeauftragte war wiederum stark damit beschäftigt, das Bewusstsein für den Datenschutz weiter zu stärken. Der Schwerpunkt „Datenschutz trotz Corona“ hat einen Beitrag dazu geleistet, dass Personendaten trotz erhöhter Bedürfnisse nach Information geschützt sind nicht unrechtmässig und unbewusst durch Dritte bearbeitet werden können.

Frauenfeld, 4.6.2021

Die Subkommissionspräsidentin:
Kristiane Vietze, Frauenfeld